

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 177 (2011)

Heft: 9

Artikel: Zur Unwägbarkeit des militärischen Aufwuchses

Autor: Wegmüller, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-178587>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Unwägbarkeit des militärischen Aufwuchses

Wenn auch der Begriff «Aufwuchs» in der Diskussion um die Zukunft der Schweizer Armee in den Hintergrund getreten ist, sprechen doch auch neuste Berichte von der «zeitgerechten Wiedererlangung der vollen Verteidigungsfähigkeit». Dass dies mit grossen Risiken behaftet ist, zeigt der erfolglose Versuch der Schweiz, während des Zweiten Weltkrieges C-Waffen zu beschaffen.

Hans Wegmüller, Redaktor ASMZ

Tatsächlich gab es in der Geschichte kaum jemals eine kriegerische Situation, in der Armeen nicht aufzuwachsen hatten, um der gegebenen Bedrohung erfolgreich begegnen zu können. Die Erfahrungen der Schweiz mit der Einführung von chemischen Kampfstoffen im Vorfeld und während des Zweiten Weltkrieges zeigen aber, dass einem Aufwuchs der Armee in Krisensituationen klare Grenzen gesetzt sind.

Abklärungen vor dem Krieg

Bereits zu Beginn des Jahres 1937 erklärte sich der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) mit dem Antrag der Generalstabsabteilung einverstanden, «die nötigen Vorbereitungen mit Bezug auf den chemischen Krieg» zu treffen. Allerdings mit der klaren Einschränkung, dass die Schweiz im Krieg nie als erste chemische Kampfmittel einsetzen werde, was sie aber nicht daran hindern solle, «die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um einem aufgezwungenen Gaskrieg wirksam begegnen zu können». Die nun folgenden Abklärungen ergaben, dass sich in erster Linie Senfgas eignen würde, dass aber ergänzend noch ein anderer Kampfstoff (Nasen- und Rachenreizkampfstoffe, Lungengifte) bereitgestellt werden müsste. Um das nötige Know-how zur Herstellung von chemischen Kampfstoffen zu erlangen, liess die Kriegstechnische Abteilung (KTA) eine Versuchsanlage zur Fabrikation von Senfgas im CIBA Werk Monthey erstellen. Schon kurz nach der Generalmobilmachung anfangs September 1939 drängte der General zur unverzüglichen Aufnahme der Produktion.

Die Lösung des armen Mannes

Was das Kampfverfahren betraf, so wurde primär die einfachste und billigste Lösung angestrebt: Chemische Kampfstoffe sollten «in unseren Verhältnissen in erster Linie als chemisches Hindernis Verwendung finden» und aus trag- und fahrbaren Behältern versprüht werden; aber auch das «Abregnen» aus Flugzeugen und das Verschiessen mit Artillerie und Minenwerfern wurde nicht ausgeschlossen. Dafür waren zunächst 200 Spezialisten pro Armeekorps vorgesehen, deren zweimonatige Ausbildung bis zur ersten Lieferung von Senfgas abgeschlossen sein sollte.



Lagerung amerikanischer 155 mm C-Granaten.

Bild: US Army

Die Beschaffung der im Jahre 1939 verlangten zusätzlichen C-Kampfstoffe stand 1941 aber immer noch aus. Um wirksam zu sein, hätten diese in derart grossen Mengen zum Einsatz gebracht werden müssen, dass das Armeekommando vorläufig auf deren Einführung verzichtete. Geringerer Mengen bedurfte es bei den Reizkampfstoffen, da diese im Allgemeinen nicht tödlich wirkten, son-

dern den Gegner nur unter die Maske zwingen sollten, um seine Leistungsfähigkeit im Kampf herabzusetzen. Zur Herstellung der zur Wahl stehenden Reizkampfstoffe wurde aber Arsen benötigt, das in den geforderten Mengen damals nicht zu importieren war. Schliesslich blieb nur noch ein C-Kampfstoff, der auch zu Übungszwecken und für Polizeiaufgaben Verwendung fand. Ende Juli 1941 bewilligte der Bundesrat einen weiteren Kredit von etwas mehr als zwei Millionen Franken für dessen Herstellung, nicht ohne noch einmal in Erinnerung zu rufen, dass «die Verwendung dieses Kampfstoffes zu kriegerischen Handlungen» nur mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen dürfe.

Wahrung der Proportionen

Stiess schon die Auswahl der in Frage kommenden Kampfstoffe auf grösste Schwierigkeiten, so steigerten sich die Probleme im Bereich der Herstellung, Lagerung und Anwendung bald ins Unermessliche. Anfang des Jahres 1942 erreichten die bereits gewährten und noch geforderten Kredite für die chemische Kampfführung die Höhe von zwanzig Millionen Franken. Das veranlasste Bundesrat Kobelt, den General zu bitten, die gesamte Problematik der chemischen Kampfführung nochmals «ernstlich» zu überprüfen. Kobelt räumte zwar ein, dass defensiv nach wie vor alles getan werden müsse, um einem Angriff mit chemischen Kampfstoffen begegnen zu können. Gleichzeitig stellte er aber die grundsätzliche Frage, ob es einem Kleinstaat wie der Schweiz mit ihren begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten überhaupt jemals möglich sei, ihre Vorbereitungen im Bereich der che-

mischen Kampfführung soweit voranzutreiben, «dass eine ausschlaggebende Verbesserung der militärische Lage daraus resultieren würde»:

«Für unsere Armee sind die Verhältnisse für die Durchführung eines aktiven chemischen Krieges besonders ungünstig. Trotz der hoch entwickelten chemischen Industrie liegen keine günstigen Voraussetzungen für die Fabrikation chemischer Kampfstoffe vor. Auf diesem Gebiet muss alles selbst geschaffen werden, weil die Fabrikationsmethoden des Auslandes vollständig geheim gehalten werden. Es besteht die Gefahr, dass sich unsere Entwicklung auf Produkte und Verfahren verlegt, die in andern Staaten bereits überholt sind.»

Der General zeigte zunächst wenig Verständnis für die Argumentation des Chefs EMD und gab zu bedenken, dass die beste Abwehr auch auf dem Gebiet der chemischen Kampfführung in der Paarung von aktiven und passiven Mitteln zu finden sei, und es unverantwortlich wäre, auf eine derart wirksame Abwehrwaffe zu verzichten.

Anfangs Juli 1942 verlangte der Chef der KTA eine rigorose Beschränkung der Vorbereitung für die chemische Kampfführung auf «eine einfache Basis». Je mehr Kampfstoffe in Betracht gezogen würden, desto komplizierter würden die Verhältnisse, nicht nur bezüglich Fabrikation und Lagerung, sondern im Speziellen auch betreffend Ausbildung im Hinblick auf eine militärisch nutzbringende Verwendung. Trotzdem blieb der General bei seiner Forderung, die Vorbereitungen für den «aktiven Gaskrieg»

voranzutreiben, und stellte unbeirrt den Antrag zum Bau von weiteren Lageranlagen im Wert von 4,2 Millionen Franken.

Verzicht

Allen Anstrengungen zum Trotz bekam man die Probleme in Bezug auf Produktion, Lagerung und Anwendung chemischer Kampfstoffe nicht in den Griff,



C-Kampfführung in Russland.

Bild: Russian military photo

so dass der Chef der Sektion Gasdienst zu Beginn des Jahres 1943 nach «eingehendem Studium und Berechnungen» den Antrag stellte, es sei von weiteren Vorbereitungen zum «chemischen Gaskrieg» und vom «aktiven Gasdienst» abzusehen. Die Probleme bei der Herstellung und Lagerung der Kampfstoffe seien nach wie

vor gross und die Wirksamkeit der vorhandenen Kampfstoffe zweifelhaft. «Gewagte Versuche mit den Offizieren der Nebeltruppe» hätten nämlich ergeben, dass der erprobte Kampfstoff – «im Gegensatz zum bisherigen rein wissenschaftlichen Nachweis» – von geringerer Sesshaftigkeit sei, als bisher angenommen. Je nach Witterung könnte daher nur eine Sperrwirkung von ein bis drei Tagen erreicht werden. Als sich auch der Generalstabschef skeptisch äusserte, lenkte der General am 8. März 1943 ein und entschied, «in Anbetracht der Umstände» auf «weitere Vorbereitungen für den Gaskrieg» zu verzichten.

Fazit

Der misslungene Versuch, die Schweizer Armee während des Zweiten Weltkrieges mit chemischen Kampfmitteln auszurüsten, zeigt in aller Deutlichkeit, mit welchen Schwierigkeiten ein Kleinstaat zu rechnen hat, wenn er sich gezwungen sieht, bestehende Rüstungsdefizite in einem «High-Tech»-Bereich unter dem Druck der Ereignisse und abgeschnitten von den Ressourcen, dem Know-how und den Erfahrungen des Auslandes wettzumachen. Der Satz, entweder man hat das Material, wenn man es nicht braucht, oder man hat es nicht, wenn man es braucht, scheint sich hier durchaus bewahrheitet zu haben.¹ ■

¹ Vgl. dazu Hans Wegmüller, *Brot oder Waffen: Der Konflikt zwischen Volkswirtschaft und Armee in der Schweiz 1939–1945*, Verlag NZZ, 1998, ISBN 3-85823-713-2.

SOGART begrüsst Postulat der SiK-Ständerat

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft der Artillerie (SOGART) begrüsst das Postulat der SiK-Ständerat, in welchem sie den Bundesrat bis Ende 2013 beauftragt, die Frage zur Zukunft der Artillerie zu beantworten.

Die Artillerie hat in den Konflikten der jüngeren Geschichte stets eine entscheidende Rolle gespielt und ist keinesfalls ein überholtes Waffensystem des Kalten Krieges. Sie ist ein zentraler Bestandteil jeder modernen Verteidigungsarmee. Die Anforderungen an Präzision und zur Vermeidung von Kollateralschäden nehmen jedoch stetig zu. Auch bietet der technologische Fortschritt laufend neue Möglichkeiten.

Die Schweizer Artillerie hatte ihren technologischen Höhepunkt zu Beginn der Armee XXI mit modernsten Systemen und Simulatoren. Seit fast einem Jahrzehnt wurde jedoch nichts mehr investiert. Seit 2008 wurde die Anzahl der Truppenkörper und die Anzahl der Panzerhaubitzen halbiert, die Panzerminenwerfer und Festungsartillerie komplett eliminiert. In einem Land, das bewusst auf Militärbündnisse verzichtet, ist damit das Minimum für einen Kompetenzerhalt weitgehend erreicht.

Damit die Zukunft der Artillerie nicht in eine ähnlich unglückliche Situation steuert, wie dies zurzeit beim Tiger-Teilersatz

verfolgt werden kann, ist eine seriöse und durchdachte Studie in einem vernünftigen Zeitraum bis Ende 2013, wie sie der SiK-Ständerat in Auftrag gegeben hat, aus Sicht der SOGART das richtige Mittel. In diesem Zeitraum kann auch auf den dann zumal vorliegenden Grundlagen zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) aufgebaut werden. Bis zum Vorliegen der Studie als Entscheidungsgrundlage soll auf weitere Sofortmassnahmen verzichtet werden, um nicht Entscheide vorwegzunehmen.

www.sogart.ch